

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Thering, Sandro Kappe, Dr. Anke Frieling,  
Dennis Gladiator, Birgit Stöver, Markus Kranig, Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion**

**zur Drs. 23/1298**

**Betr.: Ja zur Zukunft, nein zum sogenannten Zukunftentscheid**

Der Bericht des Ausschusses für Klima, Energie und Umwelt zur „Strategie zur Anpassung Hamburgs an den Klimawandel“ (Drs. 22/18165) zeigt, wie herausfordernd die Anpassung an bestehende und künftige Klimafolgen ist: Rückhaltebecken sind vielerorts sanierungsbedürftig und unterfinanziert, die Bezirke verfügen nicht über ausreichend Mittel zur Entsiegelung von Flächen und bei der Umsetzung ressortübergreifender Maßnahmen bestehen Koordinierungsdefizite. Zugleich ist die Finanzierung des Hochwasserschutzes, der Starkregenvorsorge und der Blau-Grünen Infrastruktur eine Daueraufgabe. Mit anderen Worten: Die Anpassung an den Klimawandel bindet enorme Mittel, die sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt werden müssen, damit Hamburg widerstandsfähig und lebenswert bleibt.

Seit zehn Jahren regieren die GRÜNEN in Hamburg mit und seit zehn Jahren erklären sie den Bürgerinnen und Bürgern, wie schnell und wirksam sie für den Klimaschutz arbeiten. Die Realität sieht anders aus: Noch immer sind nicht einmal 3 Prozent der öffentlichen Gebäude mit Photovoltaikanlagen ausgestattet. Das aktuelle Energieverbraucher-Ranking des WWF Deutschland stellt Hamburg zudem ein verheerendes Zeugnis aus: Im bundesweiten Vergleich aller 16 Bundesländer landet Hamburg auf dem letzten Platz – sogar hinter Berlin, das oft für seine Versäumnisse kritisiert wird. Wenn die grüne Umweltbehörde schon bei den einfachsten Maßnahmen kaum Fortschritte erzielt und bereits jetzt bestehende Defizite bei Klimaschutzmaßnahmen ersichtlich sind, wirkt es unglaubwürdig, dass gerade die GRÜNEN eine Klimaneutralität schon 2040 fordern. Die große Mehrheit der GRÜNEN aus Partei und Fraktion unterstützen den sogenannten Hamburger Zukunftentscheid öffentlich, obwohl ihre eigene grüne Umweltsenatorin die hohen Hürden und Herausforderungen der Umsetzbarkeit des Klimaziels allein für das Jahr 2045 bestens kennt. Die GRÜNEN ignorieren damit nicht nur die realistischen Grenzen der technischen und finanziellen Möglichkeiten, sondern riskieren auch soziale Härten, die ein Machbarkeitsgutachten als mögliche Konsequenz anführt. Gleichzeitig ist längst klar, dass die vorhandenen Haushaltsmittel begrenzt sind und schon jetzt wichtige Klimaschutzmaßnahmen unterfinanziert bleiben.

In dieser Situation fordert der sogenannte Zukunftentscheid, die Klimaneutralität bereits 2040 und damit fünf Jahre früher als bisher im Hamburger Klimaschutzgesetz verankert, zu erreichen. Ein unrealistisches Ziel, dem wissenschaftliche und ökonomische Analysen einen massiven zusätzlichen Aufwand verbunden mit immensen Kosten, weitreichenden technologischen Unsicherheiten und sozialer Belastung attestieren. Die von der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft beauftragte Machbarkeitsstudie zur Klimaneutralität 2040 kommt zu dem Ergebnis, dass „ein Vorziehen der Zielsetzung der Netto-CO<sub>2</sub>-Neutralität auf das Jahr 2040 erhebliche Zusatzanstrengungen bedeuten“ würde, die „je nach Ausgestaltung, zu spürbaren Mehrbelastungen für private Haushalte, Unternehmen und den Landeshaushalt führen

würden.“ Es wäre mit einer weiteren Verschärfung sozialer Belastungen zu rechnen, so die Einschätzung der Gutachtersteller Öko-Institut e.V. und Hamburg Institut.

Selbstverständlich wünschen auch wir uns, dass Hamburg so früh wie möglich klimaneutral wird. Klimaschutz ist ein zentrales Ziel, das wir mit Nachdruck verfolgen. Doch die Zielsetzungen müssen zugleich wirtschaftlich tragfähig, sozial ausgewogen und vor allem praktisch umsetzbar sein. Genau hier setzt das Gutachten klare Grenzen: Es kommt zu dem Schluss, dass diese Dimensionen in der Kombination für ein Vorziehen auf 2040 nicht gleichzeitig beziehungsweise nur unter höchsten Kraftanstrengungen und unter Aufwendung enormer Ressourcen erreicht werden können, was zu sozialen Verwerfungen führen und die gesellschaftliche Spaltung weiter vertiefen würde. Wer Klimaneutralität ernsthaft erreichen möchte, darf den Bürgerinnen und Bürgern daher keine Versprechen machen, die weder realistisch noch finanzierbar sind. Gleichzeitig müssen alle zu ergreifenden Maßnahmen sozial verträglich sein. Wirksamer Klimaschutz kann nur gemeinsam mit den Menschen erreicht werden, nicht gegen sie.

Darüber hinaus wird bereits das aktuell geltende Ziel der Klimaneutralität 2045 der Freien und Hansestadt Hamburg als „weiterhin ambitioniert“ bezeichnet, auch vor dem Hintergrund der Abhängigkeit rechtlicher Rahmenbedingungen und Anreizsysteme auf Bundes- und EU-Ebene. Das Gutachten betont ausdrücklich, dass die Zielerreichung in hohem Maße von bundes- und europarechtlichen Rahmenbedingungen sowie internationalen Märkten abhängt. Der Bund verfolgt weiterhin das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 und seine Förderprogramme sind auf dieses Jahr abgestimmt. Ohne ein koordiniertes Vorgehen auf Bundes- und EU-Ebene und entsprechende Förder- und Anreizsysteme droht Hamburgs Beitrag zur Klimaneutralität ins Leere zu laufen. Mit anderen Worten: Auch 2045 kann Hamburg sein Ziel nicht im Alleingang erreichen.

Umso unrealistischer ist das Vorziehen der Klimaneutralität bis 2040. Die Folgen wären dramatisch, insbesondere für die Wettbewerbsfähigkeit der Hamburger Wirtschaft. Hamburgs Hafenwirtschaft, die Industrie und der Mittelstand müssten in kürzester Zeit teure Maßnahmen umsetzen. Es drohen massive Produktionsverlagerungen und der Verlust von Tausenden gut bezahlten Arbeitsplätzen – mit negativen Folgen für die Innovationskraft der Stadt und Steuereinnahmen für den Haushalt. Um entstehende Emissionen vollständig zu vermeiden, wäre der Ersatz von Erdgas und Raffineriegasen durch beispielsweise grünen Wasserstoff erforderlich. Doch diese Verfügbarkeit hängt nicht allein von Hamburg ab, sondern von internationalen Märkten, europäischen Förderprogrammen und globalen Lieferketten. Besonders kritisch fällt die Einschätzung der Gutachter zum Einsatz von Wasserstoff aus. Sie halten fest, dass ein vollständiger Ersatz von Erdgas und raffinerietypischen Brennstoffen durch Wasserstoff und e-Fuels zwar technisch erforderlich wäre, diese Energieträger nach heutigem Stand jedoch nicht in der benötigten Menge und vor allem nicht wettbewerbsfähig zur Verfügung stehen. Damit würde eine Vorverlegung auf 2040 eine Abhängigkeit von Technologien voraussetzen, die noch gar nicht marktreif sind. Wer so tut, als könne Hamburg im Alleingang schon 2040 klimaneutral sein, verschweigt die Abhängigkeit von Bund und EU und vermittelt den Bürgerinnen und Bürgern falsche Erwartungen.

Herausforderungen gelten auch für Technologien wie Carbon Capture and Storage (CCS): Bis heute gibt es für CCS in Hamburg weder ausreichende Rahmenbedingungen noch die erforderliche Infrastruktur. Gleichzeitig erklärte Umweltsenatorin Fegebank, dass bereits die Klimaneutralität bis 2045 ohne CCS-Technologie schwer zu erreichen sein würde; wie eine Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zur Erreichung des Klimaziels fünf Jahre früher aussehen sollte, bleibt auch hier unklar.

Besonders spürbar wären die Belastungen im Gebäudesektor. Schon jetzt warnen Wohnungsverbände, dass verschärfte Vorgaben die Baukosten um bis zu 4,50 Euro pro Quadratmeter verteuern würden – eine Mehrbelastung, die fast ausschließlich auf Mieterinnen und Mietern fällt und kleine sowie mittlere Einkommen überproportional betreffen würde. In der Ausschusssitzung für Öffentliche Unternehmen am 18. September 2025 wies die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA zudem darauf hin, dass für das Ziel Klimaneutralität 2040 rund 1,5 Milliarden Euro zusätzliche Investitio-

nen getätigt werden müssten. Diese Mittel müssten entweder über Mieterhöhungen oder über Steuermittel aufgebracht werden, was in beiden Fällen zu einer Mehrbelastung der Hamburgerinnen und Hamburger in Zeiten ohnehin steigender Lebenshaltungskosten führen würde.

Darüber hinaus zeichnet sich laut SAGA bereits zur Erreichung der Klimaneutralität im Jahr 2045 ab, dass kaum ausreichend Fachkräfte für die Sanierung bereitstehen werden. Für das Jahr 2040 würde sich dieses Problem weiter verschärfen, da die erforderliche Sanierungsquote in allen Bereichen drastisch steigen müsste. Auch bei einer möglichen Bereitstellung der erforderlichen Mittel wäre die fristgerechte Umsetzung der Maßnahmen also nicht garantiert.

Auch der Verkehrssektor wäre durch harte und schnelle Maßnahmen extrem betroffen. Maßnahmen wie ein stadtweites Tempo-30-Limit stehen dann auf der Tagesordnung. Zudem müsste zügig eine nahezu vollständige Elektrifizierung des Straßenverkehrs erzwungen werden. Das bedeutet nichts anderes als flächendeckende Fahrverbote für alle Verbrenner. Hunderttausende in Hamburg zugelassene Fahrzeuge wären betroffen und innerhalb der Stadtgrenzen nicht mehr nutzbar. Die Wertverluste entsprechender Fahrzeuge wären enorm. Für die Logistik- und Handelsmetropole Hamburg wäre das Verbot von nicht Elektro-Lkws zudem der nächste schwere Schlag. Diese drohenden folgenschweren Maßnahmen dürfen den Menschen in Hamburg nicht länger verschwiegen werden.

Die Initiatoren des Zukunftsentscheids sprechen irreführenderweise davon, ihre Ziele „sozialverträglich“ umsetzen zu wollen. Doch die Umsetzung zusätzlicher und vorgezogener Maßnahmen zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2040 ist mit erheblichen finanziellen und sozialen Auswirkungen für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und dem Landeshaushalt verbunden. Es wäre unehrlich, den Menschen etwas Anderes zu versprechen.

Hamburg soll widerstandsfähig und innovativ bleiben, und seine Verantwortung auf dem Weg zur Klimaneutralität wahrnehmen. Klimaschutz muss dabei aber mit Augenmaß, Realismus und Ehrlichkeit betrieben werden. Nur wenn die Menschen die Maßnahmen nachvollziehen können und ihnen vertrauen, tragen sie die Energiewende mit. Werden jedoch überzogene Ziele beschlossen, die nur durch drastische Eingriffe in das Leben der Bürgerinnen und Bürger erreichbar wären, geht die gesellschaftliche Akzeptanz verloren. Ohne diese Akzeptanz ist erfolgreicher Klimaschutz nicht möglich und kann zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen – mit negativen Auswirkungen auf unser Zusammenleben und eine stabile Demokratie. Deshalb muss die klare Konsequenz lauten: Energiewende ja, Klimaschutz ja, aber keine überhasteten, unausgewogenen und unehrliche Symbolentscheidungen wie der sogenannte Zukunftsentscheid.

### **Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

Die Hamburgische Bürgerschaft lehnt den sogenannten Zukunftsentscheid ab.

#### **Der Senat wird ersucht,**

1. an ambitionierten, aber realistischen Klimaschutzzielen festzuhalten, die technologische Machbarkeit und Innovation, soziale Verträglichkeit und wirtschaftliche Tragfähigkeit gleichermaßen berücksichtigen;
2. in diesem Zuge die in dem Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie über die Drs. 22/18165 („Strategie zur Anpassung Hamburgs an den Klimawandel“) kritisierten Punkte und Klimaanpassungsmaßnahmen durch eine schnellere Umsetzung, bessere finanzielle Ausstattung, ein transparentes Monitoring, Anreizsysteme und eine ressortübergreifende Koordination nachhaltig, effizient und transparent voranzutreiben;
3. den Photovoltaikausbau auf stadteigenen Gebäuden endlich konsequent umzusetzen, Hemmnisse abzubauen und sicherzustellen, dass Hamburgs öffentliche Dächer bis Ende 2026 flächendeckend für die Energiewende genutzt werden;

4. in Abstimmung mit Bezirken, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen verstärkten Dialogprozess zu etablieren, der Akzeptanz, Transparenz und Mitwirkung der Bevölkerung bei allen zentralen Klimaschutzmaßnahmen sicherstellt;
5. der Bürgerschaft bis zum 31.12.2025 zu berichten.